

aus: Linksjugend [solid] Hamburg (Hg.): Mit Kapitalismus ist kein Frieden zu machen  
© by PapyRossa Verlag, Köln 2012, 136 Seiten, ISBN 978-3-89438-504-0, 10,- Euro  
Alle Rechte vorbehalten

CHRISTINE BUCHHOLZ/STEFAN ZIEFLE

## Mit blauen Helmen in den Krieg?

### Das Parteiprogramm der LINKEN und die UNO

Das Programm, das die Delegierten auf dem Programmparteitag der Partei DIE LINKE. in Erfurt im Oktober 2011 mit 96 Prozent beschlossen haben, ist in der Frage deutscher Auslandseinsätze eindeutig: »DIE LINKE wird niemals einer deutschen Beteiligung an einem Krieg zustimmen. Krieg löst kein Problem, er ist immer Teil des Problems. Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt werden (...).«<sup>1</sup>

Dennoch machte der Berliner Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich unmittelbar vor dem Parteitag deutlich, dass er für eine Abschwächung der Antikriegsposition streiten wird.<sup>2</sup> Er will DIE LINKE auf eine Einzelfallprüfung und die jeweilige Beschlusslage der UNO orientieren. »Einzelfallprüfung« bedeutet: DIE LINKE lehnt eine Beteiligung an Militäreinsätzen nicht mehr prinzipiell ab. Stattdessen soll nach Liebich in jedem Einzelfall geprüft werden, ob es nicht doch Gründe für einen Auslandseinsatz der Bundeswehr gebe, die die Gründe dagegen überwiegen, oder ob der jeweilige Einsatz militärischer Gewalt nicht doch völkerrechtskonform sei. Ein wesentliches Kriterium stelle die Frage dar, ob es sich um einen UN-geführten Einsatz handle. Liebich betont zum Beispiel, es sei richtig gewesen, dass UN-Truppen »das Massaker in Osttimor beendet« hätten und dass ein militärisches Eingreifen der UNO in Ruanda 1994 nötig gewesen wäre.<sup>3</sup>

Wer die Einzelfallprüfung fordert, muss zumindest die Option des Militäreinsatzes zulassen. Ernsthaft wäre das nur, wenn man für den Fall einer Entscheidung für den Militäreinsatz auch die dafür notwendigen Mittel bereit hätte. DIE LINKE

---

1 Programm der Partei DIE LINKE., [www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm\\_der\\_partei\\_die\\_linke\\_erfurt2011.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf), S. 6f.

2 Im Gespräch mit Christine Buchholz in der *taz* vom 21.10.2011: [www.taz.de/!80366/](http://www.taz.de/!80366/).

3 Ebd.

müsste also, sollte sie tatsächlich die Einzelfallprüfung gutheißen, eine Interventionsarmee befürworten. So eine Armee bräuchte konsequenterweise auch Nachwuchs und in der Konsequenz Nachwuchswerbung. Sie bräuchte auch moderne Waffen, also Rüstung, Rüstungsforschung und, weil eine Rüstungsindustrie alleine für die Bundeswehr höchst ineffizient wäre, Rüstungsexporte. Die Einzelfallprüfung wäre der Einstieg in die Akzeptanz des Status quo.

Das Problem ist: Die LINKE schafft nicht die Bedingungen, unter denen die Debatte über den Einzelfall stattfindet. Wenn die bürgerlichen Medien, alle anderen Parteien und viele Nichtregierungsorganisationen ihr moralisches Dauerfeuer eröffnen, um einen Militäreinsatz zu rechtfertigen, kann eine objektive Bewertung kaum stattfinden. Wir erinnern uns an die Lügen, die im Vorfeld der Kriege gegen Jugoslawien und Irak verbreitet wurden. Wir erinnern uns an die wechselnden Begründungen für den Krieg in Afghanistan, an die Geschichten über Frauenunterdrückung, islamistischen Terror und die Durchsetzung von Menschenrechten. Gerade weil Krieg keine Probleme der betroffenen Menschen löst, weil er immer auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen wird, ist es richtig, dass die LINKE bei ihrer prinzipiellen Ablehnung deutscher Kriegsbeteiligungen bleibt.

Das enthebt uns natürlich nicht der Aufgabe, unser Nein in jedem einzelnen Fall konkret zu begründen. Es reicht nicht aus, abstrakt Frieden zu predigen und gegen jeden Krieg zu sein. Aufgabe der LINKEN muss es sein, mit den Verbündeten in der Friedensbewegung der medialen Offensive der Kriegsbefürworter entgegenzutreten und der Bevölkerung Argumente in die Hand zu geben. Nur wenn diese Argumente am jeweiligen praktischen Fall orientiert sind, können sie die vorgeschobenen Kriegsgründe als Kriegslügen entlarven. Dies ist die Voraussetzung, um Aktivistinnen und Aktivisten der Linken in den Gesprächen gegenüber Freunden, Nachbarn und Kollegen zu stärken.

Stefan Liebichs Position ist in der LINKEN nicht mehrheitsfähig. Er versucht, das zu ändern, indem er die LINKE auf eine pauschale Positionierung entlang der UNO-Beschlusslagen orientiert. Denn auch viele prinzipielle Gegner von Auslandseinsätzen der Bundeswehr teilen die Auffassung, dass der »Bezugsrahmen für eine tatsächlich dem Frieden dienende Außenpolitik nur die UNO und das geltende Völkerrecht« sein könne.<sup>4</sup> Hier liegt wirklich ein Widerspruch. Kann man aus grundsätzlichen Erwägungen gegen jeden militärischen Auslandseinsatz der Bundeswehr sein, wenn man die UNO zum Bezugsrahmen seiner außenpolitischen Positionen macht? Schließlich gab es bereits mehrfach Kampfeinsätze inter-

---

4 So Erhard Crome in: ders. (Hg.), UNO-Militäreinsätze in der Diskussion der LINKEN, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 28/2011 (Standpunkte), S. 1.

nationaler Koalitionen, die von UNO-Beschlüssen gedeckt wurden. Unsere These ist, dass die Orientierung auf die UNO als Instrument zur Schaffung von Frieden sich als Türöffner für die Aufweichung der LINKEN Antikriegsposition entpuppen könnte.

## 1. Eine kurze Geschichte der UNO

In diesem Kontext sehen wir ein kurz vor dem Programmparteitag erschienenen Papier, in dem André Brie, Stefan Liebich, Ernst Krabatsch, Paul Schäfer und Gerry Woop ihre Positionen vorstellen.<sup>5</sup> Sie schreiben: »Historisch betrachtet ist die UNO Ergebnis eines langen Bemühens um die Einhegung von Kriegen, um Regularien zur Konfliktvermeidung und -lösung, um einen zivilisierten Umgang der Staaten miteinander.«<sup>6</sup>

Das ist eine sehr geschönte Sicht der Dinge. Sicherlich, die Erfahrung des zweiten Weltkrieges mit seinen 55 Millionen Toten hat in der Bevölkerung aller Länder die Friedenssehnsucht gestärkt. Diese Stimmung mussten die Mächtigen der Welt berücksichtigen, als sie sich daran machten, die Nachkriegsordnung zu schaffen. Doch betrifft dies nur die papiernen Zeugnisse ihrer Politik, wie etwa die Charta der Vereinten Nationen.<sup>7</sup> In der Praxis ging es in den Konferenzen von Teheran, Casablanca, Jalta und Potsdam, auf denen die späteren Siegermächte USA, Sowjetunion und Großbritannien ab 1943 die Nachkriegsarchitektur festzurten, um nichts anderes als die Neuaufteilung der Welt untereinander.<sup>8</sup> Kaum waren die Achsenmächte geschlagen, fiel das Bündnis der Sieger auseinander. Als sich die internationalen Diplomaten der Alliierten und ihrer Verbündeten im April 1945 zur Gründung der UNO auf amerikanischem Territorium trafen, war das Klima von Feindseligkeiten zwischen den USA und der Sowjetunion erfüllt. Der russische Außenminister verstand den ganzen Prozess als ein gegen sowjetische Interessen gerichtetes US-Manöver.<sup>9</sup>

---

5 André Brie, Ernst Krabatsch, Stefan Liebich, Paul Schäfer, Gerry Woop, Reformen zu Stärkung der UNO sind notwendig und machbar. Vorschläge für eine linke Positionierung zur Weltorganisation, August 2011. (Vorschläge).

6 Ebd., S.9.

7 Siehe: [www.unric.org/de/charta](http://www.unric.org/de/charta).

8 Bzw. am 12. August 1941 bereits Roosevelt und Churchill, als sie die Atlantik Charta unterzeichneten: [www.ag-friedensforschung.de/themen/UNO/atlantik-charta.html](http://www.ag-friedensforschung.de/themen/UNO/atlantik-charta.html).

9 David Horowitz, Kalter Krieg: Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd. 1, Berlin/Wagenbach, 1969.

Dem US-Außenministerium, das die treibende Kraft hinter der UNO-Gründung war, ging es mit Blick auf die Nachkriegsordnung darum, US-dominierter Bündnisse zu schmieden und Prinzipien durchzusetzen, die für die US-Wirtschaft vorteilhaft waren.<sup>10</sup> Die USA befanden sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Über die Hälfte der globalen Industrieproduktion fand in Nordamerika statt, mehr als zwei Drittel aller Goldreserven lagen dort und die US-Armee war die mit weitem Abstand stärkste der Welt.<sup>11</sup> Die UNO ebenso wie die Währungsvereinbarung von Bretton Woods, die den US-Dollar zur Weltleitwährung machte, sollten den Freihandel stärken, also der überlegenen US-Wirtschaft Zugang zu allen Märkten ermöglichen.<sup>12</sup>

Zu den Kernpunkten der UNO-Charta gehört die Ächtung von Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung und die Achtung der territorialen Integrität der Staaten. Aber welche Taten folgten den Worten?

Die zwischen den Siegermächten vereinbarte Teilung Europas widersprach in jeder Hinsicht den selbstaufgelegten hehren Prinzipien. Die Siegermächte legitimierten unter anderem die kollektive Vertreibung von Bevölkerungsgruppen und nannten das dann zynisch die »Westverschiebung Polens«. So wurde die Annektierung von Teilen Polens durch die Sowjetunion legitimiert – ein Ergebnis des Hitler-Stalin-Paktes von 1939. Die Meinung der polnischen Bevölkerung dazu wurde ignoriert. Im Gegenzug akzeptierte Stalin die britische Intervention zur »Stabilisierung« der griechischen Monarchie. Dies war die beschönigende Umschreibung der Unterstützung einer gegen die griechische Bevölkerungsmehrheit gerichtete Konterrevolution in den Jahren zwischen 1944 und 1949, den zehntausende Antifaschisten und Kommunisten mit ihrem Leben bezahlten.

In Fernost lieferten sich die USA und die Sowjetunion ein Wettrennen um Einflusszonen. Um der Roten Armee zuvor zu kommen, entschied sich US-Präsident Truman, Atombomben über zwei japanische Großstädte abzuwerfen. An zwei Tagen verbrannten so 150.000 japanische Zivilisten.

Die neugegründete UNO hat diese Politik nicht geächtet. Sie hat vielmehr der Bildung der Nachkriegsordnung und ihren blutigen Auswüchsen den diplomatischen Rahmen verliehen. In der Folge eskalierte ein nuklearer Rüstungswettlauf zwischen den USA und der Sowjetunion und ihren Verbündeten. Es ist symptomatisch, dass die ersten fünf Atommächte – USA, Sowjetunion, Großbritannien,

---

10 Vgl. Gabriel Kolko, *The Politics of War*, New York 1990, S. 242.

11 Siehe: Paul Kennedy, *The Rise and Fall of the Great Powers*, London 1989, S. 459.

12 Vgl. Raimo Väyrynen, *The UN and the Resolution of International Conflicts*, in: Richard A. Falk u. a. (Hg.), *The United Nations and a Just World Order*, Boulder 1991, S. 222.

Frankreich und China – auch genau die Mächte sind, die als alleinige Mitglieder im ständigen Sicherheitsrat der UNO jede Entscheidung blockieren können.

Die konkurrierenden Interessen zwischen den in Blöcken organisierten Nationalstaaten haben dazu geführt, dass in der UNO viel Papier produziert, aber wenig entschieden wurde. Das änderte sich lediglich dann, wenn sich die Supermächte ausnahmsweise einig waren. Das Ergebnis war auch in diesen Fällen meist die Sanktionierung von Krieg, nicht das Streben nach Frieden. Dasselbe Ergebnis kam heraus, als die Sowjetunion vorübergehend nicht an den Sitzungen der Vereinten Nationen teilnahm. So konnten die USA die vorübergehende Abwesenheit Russlands auf dieser Bühne ausnutzen, um 1950 den Krieg gegen das »kommunistische« Nordkorea mit einem UN-Mandat zu führen.

Die Geschichte der UNO ist nicht Ausdruck »eines langen Bemühens um die Einhegung von Kriegen«, wie André Brie und seine Mitstreiter behaupten. Sie ist seit ihrer Geburt vielmehr die diplomatische Bühne, auf der die global dominierenden Staaten ihre Kriege und ihre Kriegsvorbereitungen rechtfertigen. Sie war der Ort, wo der 1947 vollends entbrannte Kalte Krieg zwischen den neuen Supermächten in Worten ausgetragen wurde – allerdings unter sich verändernden geopolitischen Rahmenbedingungen.

Während im so genannten Sicherheitsrat die USA und die Sowjetunion sich gegenseitig blockierten, dominierten die USA und ihre Verbündeten die UN-Generalversammlung. Zwischen 1946 und 1953 verabschiedete sie 800 Resolutionen und davon weniger als drei Prozent gegen die Stimme der US-Regierung.<sup>13</sup> Erst als im Zuge der Entkolonialisierung die Zahl der UNO-Mitglieder wuchs, bis 1961 von 51 auf 100, verloren die USA dort ihr diplomatisches Übergewicht. Die Generalversammlung verabschiedete seit diesem Zeitpunkt wieder und wieder Resolutionen, die die US-Politik verurteilte, zum Beispiel als sie die US-Invasion Grenadas 1983 als »eklatanten Bruch des internationalen Rechts« bezeichnete. Die veränderte Lage in der Generalversammlung brachte die US-Administration dazu, in einem schwierigen Aushandlungsprozess mit der Sowjetunion und China den Sicherheitsrat zu stärken. In der Folge wurden seit 1961 alle Militärinterventionen der UN vom Sicherheitsrat autorisiert.<sup>14</sup>

Während des Kalten Krieges spielte die UNO effektiv keine Rolle als Friedensbewahrer.<sup>15</sup> Die Kuba-Krise, die fast zu einem nuklearen Weltkrieg geführt hätte, wurde bilateral zwischen den USA und der UdSSR beigelegt. Während die nuk-

13 Vgl. David Horowitz, *The Free World Colossus*, London 1965, S. 71.

14 Vgl. Väyrynen, a. a. O., S. 234.

15 Vgl. David J. Whittaker, *United Nations in Action*, London 1995, S. 28.

leare Abschreckung, also der Horror der Massenvernichtungswaffen der Supermächte, Kriege innerhalb der industriellen Zentren der Welt verhinderte, führten die Großmächte Kriege in ihren oder am Rande ihrer Einflusssphären: Frankreich in Algerien und Indochina, die UdSSR in Ungarn, der Tschechoslowakei und Afghanistan, die USA in Vietnam, Kambodscha, Laos und Lateinamerika, Großbritannien in Kenia, Ägypten und im Südatlantik gegen Argentinien, China besetzte Tibet mit militärischer Gewalt. In diesen Kriegen starben Millionen Menschen, ohne dass die UNO als Institution irgendeine praktische Rolle gespielt hätte. Auch bei der Invasion Osttimors durch das indonesische Militär 1975, im Zuge derer 200.000 Timoresen getötet wurden, schaute die UNO tatenlos zu, wie bei allen Kriegen, Massakern und Menschenrechtsverletzungen, die nicht gegen die Interessen der USA verübt wurden (oder die Washington aus strategischen Gründen hinnahm).

Die Hoffnung vieler, die vom Korsett des Kalten Krieges befreite UNO nach 1989 könne endlich als Friedensbringer in Erscheinung treten, wurde bitter enttäuscht. Die UNO blieb der Spielball der Großmächte, allen voran der USA. Die Bilanz ist ernüchternd. Der Krieg gegen den Irak 1991 wurde in der UNO mit großer Mehrheit unterstützt und als völkerrechtskonform erklärt. Eine internationale Streitmacht mit UN-Mandat tötete in einem einseitigen Krieg mehr als hunderttausend irakische Rekruten und Zivilisten. Die UNO verhängte in den Jahren danach ein Embargo gegen den Irak, an dessen Folge bis 2003 rund 500.000 Kinder gestorben sind.<sup>16</sup>

Das US-Außenministerium konnte im Jahr 2003 die UNO-Inspektoren zur Propaganda für einen erneuten Krieg gegen den Irak instrumentalisieren. Die Auseinandersetzung im Sicherheitsrat um eine Legitimierung des Krieges gegen den Irak 2003 war bis zum Ende offen. Es war die globale Massenbewegung gegen den Krieg, die die *New York Times* als die »zweite Supermacht« bezeichnete<sup>17</sup>, die am Ende das Pendel gegen eine UN-Mandatierung dieses Angriffs ausschlagen ließ. Die USA ignorierten daraufhin die UNO und schmiedeten eine Aggressionskoalition unter dem Namen »Bündnis der Willigen«. Auch andernorts zeigte sich: Wo die Differenzen der Großmächte ein Einspannen der UNO für den Krieg verhinderte, beispielsweise in Jugoslawien und Tschetschenien, wurde die UNO schlichtweg marginalisiert. Nur wo es punktuell zu einer Interessenübereinstimmung oder

---

16 Unvergesslich bleibt die Aussage von US-Außenministerin Madeleine Albright, dass es »den Preis Wert war«: [www.youtube.com/watch?v=ApmPMRc\\_44k](http://www.youtube.com/watch?v=ApmPMRc_44k).

17 Siehe: [www.nytimes.com/2003/02/17/world/threats-and-responses-news-analysis-a-new-power-in-the-streets.html](http://www.nytimes.com/2003/02/17/world/threats-and-responses-news-analysis-a-new-power-in-the-streets.html).

zu einem Interessenausgleich zwischen den Großmächten kommt, werden Kriege mit UN-Mandat geführt – um die Weltbevölkerung über die eigentlichen Kriegsziele zu täuschen.

Man kann die Frage nach der Haltung zu UN-mandatierten Einsätzen nicht korrekt beantworten, wenn man die Diskussion von der Frage nach den tieferen Wurzeln bestehender bewaffneter Konflikte abkoppelt. Das in Erfurt beschlossene Programm der Linken lässt keinen Zweifel daran, worin die Ursachen der großen Kriege unserer Epoche begründet liegen. »Imperiale Kriege erwachsen aus Kämpfen um geopolitische Macht, um ökonomische, politische und kulturelle Vorherrschaft, um Profite, Märkte und Rohstoffe«, heißt es dort.<sup>18</sup> Das Gründungsdokument der UNO, die Charta der Vereinten Nationen, hat vor diesem Hintergrund keine praktische Bedeutung. Im Programm der LINKEN wird dies so gefasst: »Unter Missachtung der Charta der Vereinten Nationen sind auch Gewalt und Kriege Mittel der Politik. Kriege, einschließlich präventiver Angriffskriege, gelten führenden Kräften der USA, der NATO und der EU wieder als taugliche Mittel der Politik.«<sup>19</sup>

Wir fügen hinzu: Diese »führenden Kräfte der USA, der NATO und der EU« sind zugleich auch in der UNO dominierend, neben den »führenden Kräften« der rivalisierenden Großmächte Russland und China. Es sind dieselben außenpolitischen Entscheider, die in Washington, Moskau oder Peking über die Anwendung militärischer Mittel ihrer Regierungen befinden und diese dann auf der diplomatischen Bühne unter dem Dach der UNO rechtfertigen. Dies liegt in der Natur der Sache. Es ist illusorisch zu glauben, dass neben den kapitalistischen Großmächten irgendein Gebilde bestehen könnte, das sich aus eben denselben Staaten zusammensetzt und doch so etwas wie ein »kollektives Sicherheitssystem« schaffen könnte, das Kriege verhindern würde.<sup>20</sup>

---

18 Programm der Partei DIE LINKE., 2011; in: [www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm\\_der\\_partei\\_die\\_linke\\_erfurt2011.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf), S.25.

19 Ebd.

20 Zu diesem Punkt heißt es im Parteiprogramm: »Die zentrale Aufgabe der Vereinten Nationen bleibt die Sicherung des Weltfriedens ... Hierzu dienen insbesondere die Grundsätze des Gewaltverzichts und der gleichen Sicherheit, ferner die Regelungen zur friedlichen Konfliktbeilegung in Übereinstimmung mit Geist und Buchstaben der Charta. Dafür bedarf es der überfälligen Reform, was größere Rechte der UN, größere ökonomische Rechte, größere Effektivität der UNO-Organisationen und eine bessere Legitimation des UN-Sicherheitsrates einschließt.« (ebd., S.70) Wir glauben, dass dieser Punkt in einem Widerspruch zur vorhergehenden Analyse über die Natur des kapitalistischen Imperialismus steht. Wie könnte eine UNO mit »größeren Rechten« unabhängig von den Interessen der Mächte agieren, die darin vertreten sind? Warum sollte ein besser legitimierter Sicherheitsrat mehr Rücksicht auf die Buchstaben einer Charta nehmen, die in einem fundamentalen Gegensatz zur Wahrung der Interessen seiner Mitglieder steht?

## 2. Wessen Instrument ist die UNO heute?

2011 hat der Sicherheitsrat in zwei Fällen militärische Intervention ermächtigt, angeblich um Zivilisten vor dem Übergriff staatlicher Instanzen zu schützen: in der Elfenbeinküste und in Libyen. In einem Fall war es hauptsächlich Frankreich, das die militärische Umsetzung vornahm, im anderen Fall die NATO als Ganzes. Diese Beispiele gelten als Präzedenzfälle für die »Schutzverantwortung« (»responsibility to protect«), die die Staatengemeinschaft gegenüber der Bevölkerung aller Länder auch gegen den Willen der dortigen Regierungen haben soll. Auf diese »Verantwortung« beziehen sich Brie, Liebich und ihre Mitautoren positiv. Sie konstatieren kritiklos, dass »auch der Menschenrechtsrat« zunehmend »mit politischen Druckmöglichkeiten gegenüber zahlreichen Staaten« arbeite.

Was sie übersehen: Nicht die LINKE in Deutschland entscheidet, welche Druckmöglichkeiten gewählt werden und gegen welche Staaten sie sich richten. Rufen wir uns nur die unterschiedliche Reaktion der UNO auf das brutale Vorgehen des libyschen und des bahrainischen Staates gegen die Protestbewegung im eigenen Land in Erinnerung – bis hin zu der Absurdität, dass Staaten, die in Bahrain an der Unterdrückung der Proteste unmittelbar beteiligt waren, in Libyen den Krieg im Namen der Menschenrechte unterstützten. Was ist mit den Palästinensern, die seit 1948 auf ihren eigenen Staat und die Umsetzung diverser UN-Resolutionen warten? Hier gelten plötzlich andere Maßstäbe. Wenn die LINKE sich von UNO-Beschlüssen bei der Bewertung des jeweiligen Einzelfalls abhängig macht, dann macht sie sich von den geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen der Großmächte abhängig, die die UNO-Beschlüsse fällen.

Auch wenn mittlerweile der wirtschaftliche Aufstieg Japans, Deutschlands und zuletzt Chinas die absolute ökonomische Dominanz der USA gebrochen haben – die USA bleiben die stärkste Volkswirtschaft. Ihre militärische Macht übersteigt das kombinierte militärische Potential der wesentlichen Konkurrenten. Noch immer hat die US-Administration verschiedene Möglichkeiten, den Vereinten Nationen ihren Willen aufzuzwingen. Oder zumindest zu verhindern, dass gegen die Interessen des US-Kapitals entschieden wird. Und im Kern bedeutet der Machtzugewinn anderer Staaten lediglich, dass der Aushandlungsprozess komplizierter wird und im Einigungsfall ein größeres Kartell entsteht. Die Forderungen nach Einhaltung von Menschenrechten sind in diesem Prozess die Begleitmusik, die immer dann intoniert wird, wenn die eine Macht der anderen öffentlich schaden will. Sobald die Mächte sich einig sind, verhält sie wirkungslos.

Und wie steht es bei Fragen, die nicht mit Krieg und Frieden zu tun haben? Brie und seine Mitautoren schreiben: »Die Generalversammlung und ihre Sonderorga-



nisationen haben in den letzten Jahren verstärkt einen Prozess von thematischen UN-Konferenzen ins Leben gerufen, auf denen ein intensiver Austausch – oft unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Kräfte – über die großen Lebensfragen der Menschheit stattfand. Dabei wurde Bilanz zu den jeweiligen Problemen gezogen, wichtige Bezugspunkte für politisches Handeln auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene gesetzt und Problemvorschläge bzw. Bausteine dafür erarbeitet. [...] DIE LINKE tritt dafür ein, diesen Konferenzprozess zielstrebig und effektiver zu nutzen.«<sup>21</sup>

Fakt ist aber, dass alle diese Konferenzen den Interessen der beteiligten Staaten unterworfen sind. Bestes Beispiel sind die sogenannten »Afghanistan-Konferenzen« in London und Bonn von 2010 und 2011. Sie dienten ausschließlich zur Legitimierung der Fortsetzung des Krieges in Afghanistan. Die Vertreter der afghanischen »Zivilgesellschaft« waren handverlesen und überdies reine Staffage. Oder denken wir an die Konferenz gegen Rassismus in Durban (Südafrika) von 2009. Sie wurde von den USA und der Bundesrepublik boykottiert, weil abzusehen war, dass eine Mehrheit dort die israelische Politik gegenüber den Palästinensern als Rassismus bezeichnen würde.

Das aktuellste Beispiel ist die südafrikanische Klima-Konferenz von 2011 zur globalen Reduzierung der Kohlendioxidemissionen. Nachdem die USA und China als die Länder mit dem höchsten Ausstoß an Treibhausgasen angekündigt hatten, sich nicht an der Rettung der Umwelt beteiligen zu wollen, zogen auch andere Staaten nach. So Kanada, das die Reduktionsziele verpassen wird und bei Verbleib im internationalen Verhandlungsprozess mit schweren Strafen zu rechnen hat. Die Interessen der Industrie, nicht die der Menschen, stehen im Mittelpunkt der Politik der Regierungen – und das spiegelt sich selbstverständlich auf den internationalen Konferenzen der UNO wieder.

### 3. Die UNO und das Machtmonopol

Paul Schäfer argumentiert: »Eine Institution, die Recht setzen und ihre Legitimation nicht grundlegend in Frage stellen will, muss auch Regelungen für den Fall des Gesetzesbruches vorsehen. Insoweit liegt es in der Logik der Charta [der Vereinten Nationen], dass auch militärische Zwangsmittel eingesetzt werden können. DIE LINKE wird sich dieser Logik nicht verschließen können.«<sup>22</sup> Des-

21 Brie et al, S.32

22 Paul Schäfer, DIE LINKE und UNO-Militäreinsätze, in: Erhard Crome (Hg.),

wegen solle sich, so Paul Schäfer, DIE LINKE der Debatte um Militäreinsätze öffnen.

Aber die UNO ist keine Institution, die Recht setzt. Sie ist kein supranationaler Staat, sondern eine intergouvernementale Organisation. Sie basiert auf dem freiwilligen Beitritt kapitalistischer Nationalstaaten. Zusammensetzung und Politik der UNO werden nicht durch globale Wahlen oder Abstimmungsprozesse bestimmt. Weder der Sicherheitsrat noch die Generalversammlung noch irgendeine andere Unterorganisation der UNO ist demokratisch legitimiert. Sie ist weder von der Bevölkerung beauftragt, Gesetze zu erlassen, noch hat sie die Berechtigung, Gesetze durchzusetzen.

Selbst wenn es gelänge, gegen den Willen der fünf Vetomächte USA, Großbritannien, Russland, China und Frankreich das Vetorecht eben dieser fünf Staaten aufzuheben; selbst wenn es gelänge, die Privilegien des Sicherheitsrates zu beschneiden und mehr Befugnisse in die Hände der Generalversammlung zurückzuführen – es wäre immer noch keine Demokratie. Alles, was wir vor uns hätten, wäre die »Demokratie« nach Vorbild der Welthandelsorganisation WTO. Luxemburg hätte genauso viele Stimmen wie China. Der Vertreter der Regierung von NATOs Gnaden in Kabul wäre ebenso stimmberechtigt wie jene des Königs Hamad Al-Khalifa in Bahrain, der sich nur mit Waffengewalt an der Macht hält. Es wäre kein Fortschritt, wenn diese Leute auch noch über den Einsatz »militärischer Zwangsmittel« im Rahmen der UNO mitbestimmen könnten.

Im Übrigen steht die LINKE überhaupt nicht vor der Verlegenheit, zur Frage der militärischen Zwangsmittel der UNO Stellung beziehen zu müssen. Es scheint, als bauten die Autoren Paul Schäfer, André Brie und Stefan Liebich Überlegungen um eine UN-Bewaffnung vorrangig auf, um eine generelle Diskussion um Auslandseinsätze in Gang zu bekommen. Denn sie sind viel zu sehr »Realpolitiker«, um zu wissen, dass es sich dabei um bloße Gedankenakrobatik ohne Chance auf Verwirklichung handelt.

Die UNO besitzt keine eigenen Machtmittel. Für von der UNO mandatierte Einsätze, wie im Südsudan, in Darfur oder im Libanon, ist die UNO davon abhängig, dass Mitgliedsstaaten ihre Soldaten zur Verfügung stellen. Das schafft eine wechselseitige Abhängigkeit und zuweilen absurde Konstellationen.

Bangladesch zum Beispiel ist einer der bedeutendsten Truppensteller. Das Land ist finanziell von der Durchführung dieser Einsätze abhängig, da es über die

---

UNO-Militäreinsätze in der Diskussion der LINKEN. Rosa-Luxemburg-Stiftung Standpunkte, 28/2011, S.2, [www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte\\_28-2011.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_28-2011.pdf)

so generierten Einnahmen rund 20 Prozent seines Staatshaushaltes deckt. Andererseits versiegt die Einnahmequelle auch, wenn junge Männer aus Bangladesch nicht mehr bereit sind, sich an diesen Kriegen zu beteiligen. Deshalb vermeiden diese Kontingente möglichst jeden tatsächlichen Kampf. Ohne Anweisung ihres Verteidigungsministers führen solche Einheiten keine militärischen Operationen durch.<sup>23</sup>

Auch deswegen setzen die westlichen Staaten zunehmend auf eine andere Entwicklung: Die UNO beauftragt sogenannte »lokale Organisationen« mit der Umsetzung der Resolutionen. Allerdings gibt es momentan nur drei »lokale Organisationen«, die beauftragt werden: die Afrikanische Union (beispielsweise in Somalia), die EU (interessanterweise meist in Afrika und in Zusammenarbeit mit der AU) und die NATO. Letzteres mag verwundern, da es sich bei der NATO offiziell um ein Verteidigungsbündnis handelt. Es ist auch nicht ersichtlich, wo genau der lokale Bezug zum Beispiel zu Afghanistan sein soll. Es ist aber klar, dass die NATO die einzige Struktur ist, die weltweit Kriege führen kann.<sup>24</sup> In anderen Fällen liefert der Sicherheitsrat mit seinen Resolutionen nur den Kontext, innerhalb dessen sich die einzelnen Staatenbündnisse selbst zum Einschreiten ermächtigen. Die jüngsten Beispiele sind Libyen und die Elfenbeinküste.

## 4. Reformierbarkeit der UNO

Auch Brie und seine Mitautoren stellen fest, dass die UNO »keine supranationale, sondern eine zwischenstaatliche Organisation ist, deren Befugnisse von den souveränen Mitgliedsstaaten abgeleitet werden. Sie ist so gut und so wirksam, wie die Mitgliedsstaaten es zulassen.« Dem stellen sie den Wunsch gegenüber, sie müsse »stärker die Interessen der Mehrheit der Weltbevölkerung und nicht nur der stärkeren Staaten widerspiegeln und zur Lösung der globalen Fragen mit mehr Ressourcen ausgestattet werden.«<sup>25</sup> Die Autoren machen den Vorschlag, dies durch die Einsetzung einer Parlamentarierversammlung zu erreichen. Selbst wenn dies ein praktikables System wäre<sup>26</sup>: Die bloße Konstatierung von Wünschen beeindruckt niemanden. Die Autoren bleiben den Hinweis schuldig, wie eine Reform,

23 Das wurde uns im Gespräch mit UN-Offiziellen im Südsudan bestätigt.

24 Für eine Beschreibung dieser Entwicklung siehe: Thomas Mickan, *Die UN und der neue Militarismus*, IMI-Studie 2011/14, Tübingen 2011.

25 Beide Zitate: Brie et al, S. 9 und 26 f.

26 Es gibt gute Gründe daran zu zweifeln, siehe: Jan van Aken, Kommentar zu einigen »Vorschlägen für eine linke Positionierung« zur UNO, September 2011, <http://normanpaech.de/app/download/5779291971/Kommentar+UN-Reform.pdf>, S. 3.

die das Kartell der Mächtigen im Sinne demokratischer Partizipation brechen kann, gegen eben dieses Kartell durchgesetzt werden soll.

Natürlich drücken sich die Konflikte zwischen den Mächtigen in der Welt auch in der UNO aus. Die LINKE kann und soll die Brüche und Widersprüche, die sich dabei zeigen, nutzen. Insofern ist ein Bezug auf die Konflikte innerhalb der UNO Bestandteil linker Außenpolitik. Und natürlich gibt es innerhalb von UN-Strukturen wie UNICEF oder UNESCO viele Menschen, die nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, gute Arbeit im Interesse der Weltbevölkerung zu machen. Auch dies kann, richtig genutzt, eine echte Unterstützung für die Durchsetzung linker Politik sein. Aber die UNO zum hauptsächlichen Bezugspunkt linker Politik zu machen, hieße, den Kampf für eine friedliche Zukunft aus den eigenen Händen weg zu delegieren. Diese Orientierung ist ein Rezept für Passivität angesichts der scheinbaren Allmacht der Kriegstreiber.

Eine Reformierung der UNO entlang der Interessen der Mehrheit der Weltbevölkerung ist unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus unmöglich. Eine Orientierung darauf bedeutet, die eigene Niederlage zu organisieren. Welche Gruppe von Menschen, welche Institution zum Beispiel sollte nach Ansicht der Autoren um Brie die UNO verändern? Ihre Antwort läuft darauf hinaus, die Bundesregierung unter Druck zu setzen, um für Reformen einzutreten. Genau das tut sie bereits. Die Bundesregierung hätte gerne eine Reform der UNO, um dem gewachsenen geostrategischen Gewicht Deutschlands nach Übernahme »militärischer Verantwortung« in Afghanistan und anderen Orten diplomatischen Ausdruck zu verleihen. Es gibt keinen Grund, warum ausgerechnet die LINKE diesen Bemühungen das Wort reden sollte. Weder die Arbeiterklasse in Deutschland, noch die afghanischen Bauern hätten etwas davon, wenn in Zukunft die Berliner Regierungen international an Einfluss gewinnen, um auf Augenhöhe mit den USA über militärische Strafaktionen gegen unliebsame Regime zu verhandeln.

Die Bundesregierung vertritt Deutschland in der UNO. Sie ist Teil des Problems. Die Bundesregierung hat nach eigenen Angaben maßgeblich dazu beigetragen, im UN-Sicherheitsrat einen Konsens darüber herzustellen, dass die NATO noch lange Zeit in Afghanistan bleiben kann. Es bleibt unsere Aufgabe, den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan durchzusetzen. Ein Fokus auf die Aktivitäten deutscher Diplomaten in internationalen Gremien hilft da nicht weiter. Ein umgekehrter Prozess droht. Je mehr wir auf die Reformierung der UNO orientieren, desto größer wird der Druck auf Anerkennung ihrer Legitimität, desto mehr kettet sich die LINKE an die Beschlusslagen der in der UNO agierenden kapitalistischen Regierungen. Deren Kriege aber werden aber nicht humaner, nur weil sie sie gemeinsam beschließen könnten.

## Fazit

Intergouvernementale Bühnen, auf denen kapitalistische Staaten ihre diplomatischen Positionen verhandeln, bieten der Linken keinen Rahmen für ihre Politik. Die Aufgabe der Linken ist es vielmehr, die Interessen deutlich zu machen, die die rivalisierenden kapitalistischen Nationalstaaten immer wieder in kriegerische Konflikte treiben. Der einzige Weg, unsere Argumente handlungswirksam werden zu lassen, besteht im Aufbau von Gegenöffentlichkeit und Gegenmacht von unten.

Das Programm, das sich die Partei gegeben hat, ist dafür ein Schritt in die richtige Richtung. Und das nicht nur wegen der unmittelbaren Aussagen zu Auslandseinsätzen und der Ablehnung von Krieg. Die Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus, die Zielsetzung der Überwindung der aktuellen Gesellschafts- und Eigentumsverhältnisse sind gute Ausgangspunkte zur Erfüllung dieser Aufgabe.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist heute gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Das ist eine gute Basis, um die Linke weiter in praktische Aktivitäten gegen jede Form des Militarismus zu bringen. Neben den Mobilisierungen und der Ausweitung der Bündnisse gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr bieten sich das boomende Rüstungsexportgeschäft und die Rekrutierungsversuche der Bundeswehr an den Schulen als Aktionsfelder an. Hier kann die Linke ihre antimilitaristischen Positionen in der Praxis beweisen.

aus: Linksjugend [‘solid] Hamburg (Hg.): Mit Kapitalismus ist kein Frieden zu machen  
© by PapyRossa Verlag, Köln 2012, 136 Seiten, ISBN 978-3-89438-504-0, 10,- Euro  
Alle Rechte vorbehalten